



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**18. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.11.2020
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:09 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
<b>Anwesende Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
Aydin Candan - SPD	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dr. Marek Lengen - SPD	
Dr. Werner Vieler - AfD	
Aneta Wolter - CDU	
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Nil Gersdorf - CDU	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL	
Dr. Axel Walther - FDP	
Lienhard Böhning - SPD	
Thomas Fürst - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Manfred Bergmann - Seniorenbeirat	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Christian Rettberg - Behindertenbeirat	
<b>Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion</b>	
Thomas Rathcke - FDP	
<b>Verwaltung</b>	
Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 - Frauenbüro	
Beate Herrmann - 2.502 - Personalrat SIE	

Sabine Klawitter - Personalrat SIE	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Ralf Kuschmierz - FBC FB 2	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Annette Mentz -	zu TOP 4.1
Maike Weinmann -	zu TOP 4.1
Sophie Bachmann - DIE LINKE	zu TOP 4.1
Anke Kock - Verein Frauen helfen Frauen e.V.	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
Peter Petereit - SPD	- entschuldigt -
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Gabriele Ulrich - SPD	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Defizite und Entgeltsteigerungen der städtischen SeniorInneneinrichtungen (SIE) - Teil II	<b>VO/2020/09298-02</b>
3.2	Anfrage Michelle Akyurt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Wirtschaftsplan (SIE) 2021	<b>VO/2020/09480</b>
3.3	NEU: Lübecker Integrationsfonds - geförderte Projekte 2019/2020	
3.4	NEU: Mitteilung zur Sanierung des Bodelschwingh Hauses	
3.5	NEU: Informationen zu Corona-Pandemie in Lübeck	
3.6	NEU: Anfrage AM Müller zum Treffen mit den AK Soziales	
4	Berichte	
4.1	Vorstellung Projekt: "Verrückt? Na und?"	
4.2	Berichtsauftrag: Senior:innentreffs in Lübeck erhalten und ausbauen	<b>VO/2018/06778-01</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	<b>VO/2020/09140</b>
5.2	Dringlichkeitsantrag - Dr. Carsten Grohmann (CDU), Aneta Wolter (CDU), Nil Gersdorf (CDU), Aydin Candan (SPD), Gabriele Ulrich (SPD), Dr. Marek Lengen (SPD), Christian Steen (SPD), Gregor Voht (Freie Wähler): Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung	<b>VO/2020/09488</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck	<b>VO/2020/08766</b>
6.1.1	AM Candan (SPD): Änderungsantrag zu "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck"	<b>VO/2020/08766-02</b>

6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN u. DIE LINKE: Haushaltsbegleitbeschluss zu VO/2020/09154 - Haushalt 2021: Zuschusserhöhung Autonomes Frauenhaus	<b>VO/2020/09154-22</b>
6.3	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Armutsstrategie zum Armuts- und Sozialbericht - sozialräumliche Gliederung	<b>VO/2020/09174</b>
6.4	Beirat für Senior:innen: AT zu: Folgerungen aus Pflegebedarfsplanung 2017-2030 (VO/2020/09309)	<b>VO/2020/09309-01</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des Beirats für Senior:innen betr. Pflegegelderhöhung in städtischen Alten - und Pflegeheimen	<b>VO/2020/09437</b>
8	Verschiedenes	
8.1	NEU: Nachfrage zu dem Monitoring zu den Budgetverträgen	
8.2	NEU: Sitzungstermine 2021	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

**zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der stellvertr. Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Bachmann, Frau Weinmann und Frau Mentz von Der Brücke gGmbH, sowie den Beirat für Senior:innen und die Personalrat der SIE und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der stellvertr. Vorsitzende entschuldigt den Vorsitzenden, der an der Sitzung nicht teilnehmen kann.

Herr Senator Schindler bittet um Verständnis, dass aufgrund der Corona-Pandemie jeweils nach 50 Minuten eine 10 minütige Lüftungspause vorgenommen wird, welches zum Schutze aller erfolgt.

Der stellvertr. Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Lienhard Böhning mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein“.

Der stellvertr. Vorsitzende weist auf die Nachtragstagesordnung mit TOP 3.2 – Antrag mit der VO 2020/09480 und dem Dringlichkeitsantrag unter TOP 5.2 mit der VO 2020/09488 hin. Zusätzlich verweist er auf den Änderungsantrag VO 2020/08766-02, der als Tischvorlage vorliegt.

Frau Akyurt führt aus, dass die Beantwortung ihrer gestellten Anfrage VO 2020/09480 unter TOP 3.2 unter Hinzuziehung von Sachverständigen erfolgen sollte, die nicht anwesend sind und bittet daher den Antrag zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Sie führt weiterhin aus, dass es im letzten Absatz richtigerweise heißen muss: ...die gestellten Fragen 1-6.... statt ... Fragen 1-4... .

Der stellvertr. Vorsitzende läßt über die Dringlichkeit des Antrags mit der VO 2020/09488 abstimmen.

<b>Abstimmungsergebnis zur Dringlichkeit der VO/202009488</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Die erforderliche 2/3 Mehrheit ist gegeben und der Antrag ist damit unter Bejahung der Dringlichkeit angenommen.

Der stellvertr. Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte TOP 3.1, TOP 5.1, TOP 5.2 und TOP 7.1 zusammen zu beraten.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP abstimmen

Der stellvertr. Vorsitzende läßt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

<b>Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung</b>	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

“

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2020**

Herr Voht bemerkt, dass dem Protokoll hinzuzufügen ist, dass bei dem Antrag unter TOP 5.5 die FREIEN WÄHLER ebenfalls als Antragsteller fungierten.

Weitere Wortmeldung gibt es zum Protokoll nicht.

Die Niederschrift ist unter Berücksichtigung dieser Ergänzung in der vorgelegten Fassung festgestellt.

## **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

### **zu 3.1 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Defizite und Entgeltsteigerungen der städtischen SeniorInneneinrichtungen (SIE) - Teil II Vorlage: VO/2020/09298-02**

Es erfolgt die gemeinsame Beratung der TOP 3.1, TOP 5.1, TOP 5.2 sowie TOP 7.1.

Herr Wadehn führt in das Thema ein und stellt das Konzept der Pflegeversicherung anhand einer Präsentation vor.

Weiterhin präsentiert er Eckpunkte zum Wirtschaftsplan und Entgeltverhandlungen der Städtischen SIE.

Hierzu spricht Herr Fürst.

Herr Dr. Grohmann hinterfragt die Befangenheit von Herrn Fürst zu diesen Tagesordnungspunkten.

Nach einem verbalen Austausch hierzu schlägt Herr Senator Schindler vor, dieses durch das Rechtsamt für kommende Sitzungen prüfen zu lassen. Eine Abstimmung über die Befangenheit findet nicht statt.

Herr Voht hinterfragt, warum eine Präsentation zur Pflegeversicherung erfolgt ist.

Es folgt eine ausführliche und kontroverse Debatte zu den verschiedenen Anträgen und zu dem gesamten Themenkomplex unter Beteiligung von Frau Akyurt, Frau Friemer, Herr Voht, Herr Müller, Herr Fürst, Herr Dr. Grohmann, Herr Rathke, Herr Dr. Walther und Herr Hönel.

Frau Akyurt stellt den Antrag zur Einberufung einer Sondersitzung zu dem Thema.

<b>Abstimmungsergebnis zur Einberufung einer Sondersitzung</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Damit ist der Antrag für die Sondersitzung abgelehnt.

Im Anschluss einigt sich der Ausschuss darauf, dieses Thema nochmal komplett in der kommenden Ausschusssitzung am 01.12.2020 zu beraten, um die aufgeworfenen Fragestellungen (Pflegesatzverhandlungen, Kostensteigerungen Eigenanteile, Optimierung der IST-Kosten, Anteil Eigenanteilserhöhung an der Kostenreduzierung) eingehend bzw. abschließend zu besprechen.

**Beschluss:**

Anfrage in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020 durch AM Dr. Axel Flasbarth.

Wie von AM Dr. Flasbarth gewünscht, erfolgt eine zweiteilige Beantwortung.

Die Fragen 1 und 2 und 12 bis 14 wurden mit der Vorlage VO/2020/09298-01 beantwortet.

Die Beantwortung der Fragen 3 bis 11 erfolgt mit dieser Vorlage.

*Die städtischen SeniorInneneinrichtungen (SIE) vermeldeten für 2019 ein Defizit von 3,1 Mio €. In den Lübecker Nachrichten vom 03.09.2020 erklärte Senator Schindler, dass die SIE daher beantragen wird, die von den Bewohner:innen zu tragenden Entgelte um 25-33% zu erhöhen (500-800€ pro Bewohner:in und Monat).*

*Hierzu möge der Bürgermeister bitte die folgenden Fragen beantworten:*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2	<b>Anfrage Michelle Akyurt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Wirtschaftsplan (SIE) 2021 Vorlage: VO/2020/09480</b>
--------	--

Vertagt

**Beschluss:**

In dem Wirtschaftsplan für 2021 wird ausgeführt, dass im Spätsommer/Herbst 2020 Pflegesatzverhandlungen stattfinden/-fanden. Diese werden lt. Wirtschaftsplan mit dem ausdrücklichen Ziel verbunden, eine Kostendeckung der aktuellen Ist-Kosten, soweit gegenüber den Kostenträgern irgend möglich, umzusetzen.

Hieraus ergeben sich nun folgende Fragestellungen:

- 1.) Wie laufen die Pflegesatzverhandlungen ab?
- 2.) Welche Voraussetzungen müssen rechtlich und tatsächlich vorliegen, damit höhere Aufwendungen anerkannt werden?
- 3.) Welche Pflegesatzverhandlungen haben in den vergangenen 10 Jahren stattgefunden? Welche Gründe haben in diesem Zeitraum dafür vorgelegen, dass in den Verhandlungen nicht alle höheren Aufwendungen geltend gemacht wurden?
- 4.) Welche Erfahrungen wurden gemacht, wenn höheren Aufwendungen in den Verhandlungen geltend gemacht wurden? Wurden diese dann anerkannt?
- 5.) Das SGB XI sieht die Möglichkeit eines Schiedsstellenverfahrens vor. Wie läuft ein solches Verfahren? Verfügt die Verwaltung hierzu über praktische Erfahrungen?
- 6.) Gibt es bundesweit Beispiele für Pflegeheime, die bei hohen Kostensprüngen Härtefallregelungen und / oder soziale Staffelungen zur Anwendung gebracht haben? Wen ja: Welche?

Für die gestellten Fragen 1-4 ist zur Darstellung der Antworten die Rechtsanwältin der SIE, die die Pflegesatzverhandlungen führt, als Sachverständige heranzuziehen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.3 NEU: Lübecker Integrationsfonds - geförderte Projekte 2019/2020**

Frau Seeberger verweist auf die unverteilter Broschüre „Lübecker Integrationsfonds; geförderte Projekte 2019/2020“ der Stabsstelle Integration.

Auf Anfrage von Herrn Voht erklärt Frau Seeberger, das die finanzielle Ausgestaltung der Projekte einer sehr flexiblen Handhabung unterliegt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.4 NEU: Mitteilung zur Sanierung des Bodelschwingh Hauses**

Frau Schwartz gibt eine Zwischenmitteilung zum Stand der Sanierung des Bodelschwingh Hauses. Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

**zu 3.5 NEU: Informationen zu Corona-Pandemie in Lübeck**

Herr Senator Schindler führt aus, dass zur Unterstützung des Gesundheitsamtes heute zusätzliche Kräfte u.a. aus dem Kreis der Bundeswehr eingetroffen sind. Auf Nachfrage erläutert er, dass bisher keine Schließung von Sozialen Einrichtungen geplant ist und die Meldungen an das RKI immer regelmäßig erfolgen. Das dann ermittelte Werte montags höher sind als in der Woche, scheint dem Wochenende geschuldet zu sein.

Zu den Themenschwerpunkten: Nachverfolgung, Übermittlung von Testergebnissen; städtische Gebiete mit Maskenpflicht sowie telefonische Erreichbarkeit sprechen Herr Müller, Frau Wolter, Frau Friemer sowie Herr Hönel.

**zu 3.6 NEU: Anfrage AM Müller zum Treffen mit den AK Soziales**

Herr Müller erinnert an das angedachte gemeinsame Treffen mit dem AK Soziales und setzt eine Frist bis zum 25.11.2020 für eine Rückmeldung.

Der stellvertr. Vorsitzende bestätigt die Weitergabe dieser Anfrage an den Vorsitzenden.

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 Vorstellung Projekt: "Verrückt? Na und?"**

Frau Bachmann, Frau Weinmann sowie Frau Mentz stellen das Projekt vor. Herr Müller fragt nach, ob es während der Corona-Pandemie auch stattfinden kann. Frau Bachmann erläutert, dass es verstärkt nachgefragt wird und nach Abgleich der Hygienekonzepte kann dieses auch in der Pandemie stattfinden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Akyurt stellt den Antrag, den TOP 6.2. aufgrund der eingeladenen Gäste vorzuziehen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung entsprechend zu ändern.

**zu 4.2 Berichtsauftrag: Senior:innentreffs in Lübeck erhalten und ausbauen  
Vorlage: VO/2018/06778-01**

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Berichtsauftrag zu Nr. VO/2018/06778 Seniorentreffs in Lübeck erhalten und ausbauen

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 5</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
-------------	--------------------------

<b>zu 5.1</b>	<b>Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)</b> <b>Vorlage: VO/2020/09140</b>
---------------	---

Beratung siehe TOP 3.1

**Beschluss:**

1. Es betragen

1.1	<b>im Erfolgsplan</b>	<b>€</b>
	die Erträge	27.472.600
	die Aufwendungen	29.302.700
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-1.830.100
1.2	<b>im Vermögensplan</b>	
	die Einzahlungen auf	763.530
	die Auszahlungen auf	763.530
2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	4.000.000
3.	die Stellenübersicht 2021 nebst Änderungsliste (Anlage 8, 8a, 8b).	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2021 wird gemäß Anlagen 1-12 im Rahmen der Haushaltssatzung 2021 zugestimmt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Dringlichkeitsantrag - Dr. Carsten Grohmann (CDU), Aneta Wolter (CDU), Nil Gersdorf (CDU), Aydin Candan (SPD), Gabriele Ulrich (SPD), Dr. Marek Lengen (SPD), Christian Steen (SPD), Gregor Voht (Freie Wähler): Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung**  
**Vorlage: VO/2020/09488**

Herr Dr. Grohmann trägt kurz vor der Abstimmung den Antrag vor.

**Beschluss:**

Die Lübecker Bundestagsabgeordneten werden gebeten, sich auf Bundesebene für eine Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung einzusetzen, so dass die zu leistenden Eigenanteile sozialverträglich gestaffelt und gedeckelt werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	4
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck**  
**Vorlage: VO/2020/08766**

Herr Hönel erläutert den Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bedauert, dass es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion gibt.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft möge beschließen,

der Bürgermeister/ die Verwaltung werden aufgefordert einen Aktionsplan „Queeres Lübeck“ zu entwickeln und diesen zusammen mit einem Zeitplan der Maßnahmenrealisation der Bürgerschaft im ersten Quartal 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Rahmen des Aktionsplanes sollen in Zusammenarbeit mit Vereinen, Netzwerken und Akteuren des queeren Lebens (Bsp. Lübecker AIDS-Hilfe e.V., Jugendnetzwerk Lambda::Nord e.V., LSVD Schleswig-Holstein, Lübecker CSD e.V.) Maßnahmen zu folgenden Zielvorstellungen entwickelt werden:

- Abbau von Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt gegenüber LSBTI-Menschen sowie Förderung von Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

- verstärkte kommunale Unterstützung (strukturell und finanziell) von Angeboten und Projekten der Akteure, Vereine und Organisationen innerhalb der queeren Community
- Ausweitung der kommunalen Unterstützung (strukturell und finanziell) hinsichtlich spezifischer Beratungsangebote zur seelischen und sexuellen Gesundheit von LSBTI-Menschen sowie der bedarfsgerechten Beratung transsexueller Menschen, queerer Migrant\*innen und Geflüchteter und LSBTI mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrung
- Förderung und Umsetzung LSBTI-sensibler Wohnformen und Wohnprojekte
- Förderung und Umsetzung LSBTI-sensibler Altenhilfe und Senior\*innenarbeit
- Sensibilisierung von Verantwortlichen und Mitarbeitenden in Verwaltung und bei sozialen Trägern für LSBTI-bezogene Themen
- Verstärkte Sensibilisierung von Jugendhilfe und Jugendarbeit mit dem Problem der LSBTI-Feindlichkeit
- Schaffung und Förderung eigener diskriminierungsfreier Freizeiteinrichtungen und Freizeitangebote für LSBTI-Jugendliche und junge Erwachsene

Entwicklung und regelmäßige Durchführung einer Online-Befragung zur allgemeinen, sozialen und gesundheitlichen Lebenssituation von LSBTI-Menschen in Lübeck mit anschließender Evaluation und Maßnahmenadaptation

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		X

**zu 6.1.1 AM Candan (SPD): Änderungsantrag zu "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck"**  
**Vorlage: VO/2020/08766-02**

Herr Voht führt noch einmal aus, dass man diesen Antrag in der letzten Sitzung zurückgestellt hat, um die Beratung mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt zusammen vorzunehmen.

Frau Sasse erklärt, dass man sich dem Thema annehmen muss, allerdings ist weder das Fach-Know-How noch womenpower im Frauenbüro dafür vorhanden.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Dr. Grohmann, Herr Hönel, Herr Voht, Herr Dr. Lengen sowie Herr Dr. Vieler.

Der Antrag zu TOP 6.1 wurde nicht mehr abgestimmt.

**Beschluss:**

In der letztjährigen Haushaltssitzung der Lübecker Bürgerschaft wurde der interfraktionelle Antrag

„Queere Jugendarbeit in Lübeck“ mit der Vorlagennummer „VO/2019/08082 - Haushaltsplan 2020“ beschlossen. Hiernach sollte ein Konzept bereits zur Sommerpause vorgelegt werden. Da dies bislang nicht geschehen ist, erwartet der Sozialausschuss eine zeitnahe Umsetzung.

Darüber hinaus ist die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen eine Querschnittsaufgabe.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, unter Beteiligung der in Lübeck agierenden queeren Vereine, Verbände und Netzwerke einen Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI\* zu entwickeln, der u.a. folgende Säulen berücksichtigen soll:

- Aufklärung über die Lebensrealitäten von LSBTI\*
- Abbau von Diskriminierungen von LSBTI\*
- Empowerment für LSBTI\*.

Ziel ist, LSBTI\* sichtbar zu machen, Öffentlichkeit zu schaffen, durch Sensibilisierungsmaßnahmen Diskriminierung abzubauen und die Akzeptanz zu fördern. Die Unterstützung der LSBTI\* Community und die enge Zusammenarbeit mit der Community soll wesentlicher Bestandteil sein.

Durch die Beteiligung in alle Arbeits- und Lebensbereiche soll ein Bewusstsein für LSBTI\* geschaffen werden, damit vorhandene Angebote ausgeweitet und bei neuen Angeboten die Belange von LSBTI\* mitgedacht werden. Die Vielfalt der Bereiche, z.B. Jugend, Alter, Behinderung, Sport, Herkunft, Familie, Gesundheit, Arbeit und Kultur zeigt den Umfang der Aufgabe.

Das Ergebnis ist der Bürgerschaft vor der Sommerpause 2021 unter Aufzeigen konkreter Handlungsfelder und Maßnahmen vorzustellen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN u. DIE LINKE: Haushaltsbegleitbeschluss zu VO/2020/09154 - Haushalt 2021: Zuschusserhöhung Autonomes Frauenhaus  
Vorlage: VO/2020/09154-22**

Frau Akyurt stellt den Antrag vor.

Frau Kock vom Autonomen Frauenhaus berichtet, dass die beiden zusätzlichen Wohnungen sowie die notwendigen Honorarkräfte nur bis zum Ende der pandemiebedingten Entzerrung notwendig sind. Herr Senator Schindler versichert die Unterstützung in Zeiten der Pandemie.

Herr Voht stellt klar, dass die Fraktion FREIER WÄHLER sich dem Antrag (TOP 9.8.20 der Bürgerschaftssitzung am 24.09.2020) angeschlossen hat.

Frau Akyurt bittet um eine positive Beschlussfassung, damit die Mittel im Nachtragshaushalt einfließen können.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft möge beschließen, folgende Mittel im Haushalt 2021 zu ordnen:

28.538 € Zuschusserhöhung für das Autonome Frauenhaus zum Betrieb von zwei zusätzlichen Wohnungen (einschließlich Honorar- und Personalkosten)

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Armutsstrategie zum Armuts- und Sozialbericht - sozialräumliche Gliederung  
Vorlage: VO/2020/09174**

Herr Hönel führt aus, das unter Nummer zwei, 1. Spiegelstrich es „Kinder und Jugendliche“ heißen muss und beantagt die absatzweise Abstimmung.

Frau Schwartz widerspricht der Machbarkeit. Die geforderten Daten werden nur zum Teil städtisch erhoben und können verarbeitet werden. Andere Daten sind andersorts z.B. Jobcenter oder gar nicht erfaßt/bekannt, so das in diesem Umfang eine Umsetzung schlicht nicht möglich ist.

Hierzu sprechen Herr Hönel, Herr Fürst, Herr Dr. Grohmann, Herr Voht sowie Herr Dr. Lengen.

Herr Hönel zieht den Antrag zur absatzweisen Abstimmung wieder zurück.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die im Rahmen des Armuts- und Sozialberichtes zu erhebenden Sozialdaten sollen in Zukunft für spezifische Sozialräume bzw. Quartiere im Stadtgebiete erhoben werden, um ein realistisches Bild der sozialen Situation besonders armutsgefährdeter Gruppen in den verschiedenen Lebensumfeldern Lübecks darzustellen.

Vor diesem Hintergrund sind die Stadtteile Lübecks auf der Basis räumlicher Gegebenheiten sowie spezifischer sozialdemographischer Parameter in verschiedene Sozialräume bzw. Quartiere zu gliedern.

2. Auf der Basis des Beschlusses vom 03.03.2015 (VO/2015/02403) und den Sozialdaten in den einzelnen Quartieren sollen die Handlungsempfehlungen zum Armuts- und Sozialbericht fortlaufend für die einzelnen Sozialräume Lübecks im Rahmen einer integrierten Armutsstrategie für Lübeck dargestellt werden. Die Armutsstrategie ist der Bürgerschaft im Jahr 2021 vorzulegen und soll regelmäßig in 5-Jahres-Intervallen gemäß der soziodemographischen Trends aktualisiert werden.
  - Im Kontext der Armutsstrategie soll insbesondere auf folgende besonders armutsgefährdete Gruppen eingegangen werden;
    - Kinder
    - Frauen
    - Rentner\*innen
  - Bei der Bündelung der spezifischen quartiersbezogenen Handlungsempfehlungen sind alle relevante Akteure in den Sozialräumen (z.B. freie Träger, Wohlfahrtsverbände, Pflegedienste, Migrant\*innenvereinigungen usw.) sowie relevante Akteure und Gremien der Verwaltung (z.B. Jobcenter, Arbeitsgruppe

Leben und Wohnen im Alter usw.) in die Strategieerstellung und Maßnahmenanpassung einzubeziehen.

Es ist darauf zu achten, dass die aktualisierten und neuen Maßnahmen mit den rechtlich gestützten und realisierten Regelmaßnahmen (etwa solchen nach SGB VIII / Kinder- und Jugendhilfe oder SGB II / Arbeitsförderung) sowie bestehenden Angeboten und Konzepten sinnvoll verknüpft werden und keine Doppelstrukturen geschaffen werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 6.4 Beirat für Senior:innen: AT zu: Folgerungen aus Pflegebedarfsplanung 2017-2030 (VO/2020/09309)  
Vorlage: VO/2020/09309-01**

Herr Domeyer vom Beirat für Senior:innen trägt den Antrag vor.

Hierzu bittet Frau Akyurt um die Einschätzung des Bereichs Soziale Sicherung.

Herr Wulf erklärt, das der zweite Workshop der logische nächste Schritt ist.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird aufgefordert, aus den Ergebnissen der „Pflegebedarfsplanung 2017-2030“, hier: Handlungsfelder, den Bereich Soziale Sicherung anzuweisen, einen Folgeworkshop zu den Konsequenzen der Pflegebedarfsplanung zu veranstalten. Zu dieser Veranstaltung sollen neben den Vertreter:innen der Bürgerschaftsfraktion, relevante Verwaltungsakteure im Bereich der Pflege sowie alle für die Pflege in der Hansestadt Lübeck relevanten Vereine, Verbände, Träger und Akteure eingeladen werden. Am Ende sollte eine konkrete Liste der priorisierten Ziele für Handlungsaufgaben der Hansestadt Lübeck vorliegen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 Antrag des Beirats für Senior:innen betr. Pflegegeldhöhung in städtischen Alten - und Pflegeheimen  
Vorlage: VO/2020/09437**

Beratung siehe TOP 3.1

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob die aus den Neuverhandlungen der Pflegesätze (Gesamtheimbeiträge) mit den Kostenträgern zu erwartenden überproportionalen Erhöhungen durch eine stufenweise Anhebung über einen längeren jährlichen Zeitraum sozial verträglich gestaltet werden können.

In diesem Zusammenhang möge der Bürgermeister zeitnah folgende Fragen beantworten:

1. Für welche Bestandteile des Gesamtheimentgelts (Pflegekosten, Unterkunft und Verpflegung, Investitionskosten, Kosten Ausbildung) sind die in der Presse genannten Erhöhungen im Einzelnen in EURO und prozentual beantragt?
2. Wie wirkt sich die beantragte Erhöhung auf den Eigenanteil je Pflegegrad aus?
3. Wurden die Bewohner:innenbeiräte beteiligt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
4. Im Gegensatz zu freien und privaten Trägern werden die Investitionskosten je Einrichtung unterschiedlich bewertet. Für die städtischen Einrichtungen sind die Investitionskosten alle- samt deckungsgleich. Weshalb gibt es keine Differenzierung?
5. Welche Erhöhungen erfolgten in den Jahren 2015 -2019 in EURO und prozentual für die jeweilige städtische Einrichtung und wie hoch waren die jeweiligen Eigenanteile.
6. Gibt es ein Benchmarking für alle Öffentlichen, Freien und Privaten Träger in der Lübecker Altenpflege? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	2
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 8 Verschiedenes**

**zu 8.1 NEU: Nachfrage zu dem Monitoring zu den Budgetverträgen**

Herr Dr. Grohmann fragt in Bezug auf die Budgetverträge nach dem gewünschten Monitoring (SOLL-IST-ABGLEICH), welches er in der Juni-Sitzung bezüglich des Zielerreichungsgrades angefragt hatte. Frau Schwartz erklärt, dass diese Unterlagen im Hause eingesehen werden können.

Herr Müller hinterfragt in diesem Zusammenhang den Sachstand zum I-Pool. Frau Schwartz informiert hierzu.

**zu 8.2 NEU: Sitzungstermine 2021**

Der stellvertr. Vorsitzende verweist auf die neuen Sitzungstermine 2021, die umverteilt wurden.

**zu 9 Ende des öffentlichen Teils**

Der stellvertr. Vorsitzende schließt um 20:07 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 20:08 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Lübeck, den 26. März 2021

Aydin Candan  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung